



**02. Oktober 2020**

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

## **Inhalt:**

- **30 Jahre Deutsche Einheit**
- **Haushaltswoche**
- **Bundeshaushalt 2021**
  - **Finanzpolitik**
  - **Investitionspolitik**
  - **Ein starker Sozialstaat für den sozialen Zusammenhalt**
  - **Edgar Frankes Rede zum Gesundheitsetat**
  - **Esther Dilchers Rede zum Etat Justiz und Verbraucherschutz**

## 30 Jahre Deutsche Einheit

In einer zweistündigen Debatte hat der Deutsche Bundestag die Erfolgsgeschichte der deutsch-deutschen Wiedervereinigung gewürdigt.

Der Gewinn von Freiheit und Demokratie war die immensen Anstrengungen der Menschen in den alten wie in den neuen Ländern absolut wert. Trotz aller Bemühungen besteht in vielen Bereichen immer noch eine große Lücke zwischen Ost und West. Bei aller Freude über das Erreichte verlieren wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten daher nicht aus den Augen: Auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung bleibt es unsere Aufgabe, im vereinten Deutschland für gleichwertige Lebensverhältnisse und gleiche Chancen zu sorgen.



## Haushaltswoche

Zum Auftakt der Haushaltswoche trafen sich die Mitglieder der SPD-Arbeitsgruppe Haushalt zu einer zweitägigen Klausurtagung in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft.

Die historische Ausnahmesituation durch die Corona-Pandemie stellt uns vor enorme Herausforderungen. Um die wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Schäden akut und in Zukunft abzufedern, müssen wir mehr Geld als geplant in die Hand nehmen.

Dank unserer verantwortungsvollen Haushaltspolitik der vergangenen Jahre sind wir aber in einer guten Ausgangsposition. Die Folgen der Pandemie abzufedern und gestärkt aus der Krise zu kommen ist unsere Mission als SPD.

## Bundshaushalt 2021

Finanzminister Olaf Scholz (SPD) hat den Haushalt für 2021 am Dienstag im Rahmen der Haushaltsberatungen des Deutschen Bundestages ins Parlament eingebracht.

In den vergangenen Jahren sind wir ohne neue Schulden ausgekommen. Das gibt uns heute den finanziellen Spielraum, Deutschland gut durch die Krise zu führen. Im kommenden Jahr werden wir dafür erneut eine Ausnahme von der Schuldenregel machen.

Scholz plant im Kampf gegen die Krise erneut mit hohen Schulden von 96 Milliarden Euro. Das sei nötig, um einerseits wichtige Konjunkturprogramme wie Überbrückungshilfen und Kurzarbeitergeld weiterlaufen zu lassen, andererseits aber auch etwa in Klimaschutz und Strukturwandel zu investieren, sagte der Vizekanzler.

## Finanzpolitik

Für 2020 wird die **Schuldenquote** in Deutschland auf rund 75 Prozent ansteigen. Damit liegt Deutschland zwar über den europäischen Fiskalregeln von 60 Prozent, schneidet im Vergleich zu anderen Ländern aber immer noch deutlich besser ab. In konkreten Zahlen ausgedrückt: Die Bundesregierung plant für 2021 rund 47 Mrd. Euro sowie für 2021 bis 2024 rund 91 Mrd. Euro an Mehrausgaben. Gleichzeitig sind gegenüber der bisherigen Finanzplanung pandemiebedingt **massive Steuermindereinnahmen** zu verkraften (in 2021: 42,2 Mrd. Euro, von 2021 bis 2024: 127,7 Mrd. Euro). Der Bund plant deshalb zur Finanzierung seiner Mindereinnahmen und Mehrausgaben für das kommende Jahr, rund 96 Mrd. Euro an neuen Krediten aufzunehmen.

Doch bereits im kommenden Jahr wird die **Neuverschuldung** stark zurückgefahren. Gegenüber 2020 wird sie in 2021 mehr als halbiert. Im Jahr 2022 soll die Neuverschuldung dann auf 10,5 Mrd. Euro sinken und damit auf nur noch rund ein Zehntel des Vorjahreswertes schrumpfen.



## Investitionspolitik

Den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie setzen wir eine **Investitionsoffensive** entgegen. Mit Rekordinvestitionen von rd. 200 Milliarden Euro von 2021 bis 2024 stärken wir die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, stützen die Konjunktur und sichern die Arbeit von Menschen. Gleichzeitig erhalten wir Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit von morgen und machen unser Land stark für die Zukunft, insbesondere für die Digitalisierung und den Kampf gegen den Klimawandel.



### **Wir investieren 2021 rund 55 Mrd. Euro – deutlich mehr als vor der Krise.**

#### **So werden...**

- in den Krankenhaus-Zukunftsfonds 3 Mrd. Euro fließen,
- die Künstliche Intelligenz und Quantentechnologie mit jeweils 2 Mrd. Euro gefördert,
- im Bereich der digitalen Infrastruktur in den Jahren 2021 bis 2024 mindestens 2 Mrd. Euro in den Roll-Up von 5G, perspektivisch 6G, investiert.
- Im Bereich Verkehr steckt der größte Investitionsblock: Ganze 18,6 Mrd. Euro werden in die Straße, Schiene und Wasserstraße sowie den Mobilfunkausbau fließen.
- Bis 2024 werden wir 1,5 Mrd. Euro für Zukunftsinvestitionen der Fahrzeughersteller und der Zulieferindustrie sowie für innovative Forschung und Entwicklung bereitstellen.
- Die Wasserstoffstrategie stellt die Weichen für den Aufbau einer ökonomisch erfolgreichen und nachhaltigen Wasserstoffwirtschaft, die beispielsweise für eine nachhaltige Stahl- und Chemieproduktion entscheidend sein wird. In den Jahren 2021 bis 2024 wird unsere Strategie mit 6,8 Mrd. Euro umgesetzt.

Akute Krisenhilfe bei gleichzeitig massiven Investitionen in die Zukunft - das ist die sozialdemokratische Haushaltspolitik unseres Bundesfinanzministers. Mehr als 96 Milliarden Euro an Mehrinvestitionen - das ist gut angelegtes Geld. Denn nur wenn wir unser Land schon heute für die Zukunft rüsten, können wir gestärkt aus der Krise gehen: Wir werden etwa den Breitbandausbau beschleunigen, Brücken und Straßen modernisieren, eine zukunftsgerichtete und nachhaltige Wirtschaft aufbauen und eine gute Kinderbetreuung bereitstellen.

Wir stabilisieren unsere Wirtschaft und unterstützen prinzipiell gesunde Unternehmen, passen die Infrastruktur dem Fortschritt der Technik und Digitalisierung an, sichern Jobs und stellen die Weichen für nachhaltiges Wachstum.

## Ein starker Sozialstaat für den sozialen Zusammenhalt

Gerade in Zeiten der Krise zeigt sich, wie wichtig ein starker Sozialstaat ist. Durch das ausgeweitete **Kurzarbeitergeld** konnten wir Millionen von Arbeitsplätzen retten. Damit die Bundesagentur für Arbeit trotz dieser Kosten handlungsfähig bleibt, wird der Bund ihre Schulden am Jahresende 2021 erlassen.

### Wofür wir noch Geld in die Hand nehmen:

**Bezahlbarer Wohnraum:** Mit jährlich einer Milliarde Euro wird der Bund die Länder bis 2024 beim Sozialen Wohnungsbau unterstützen. Hinzu kommt bis 2024 jedes Jahr knapp eine Milliarde Euro Baukindergeld.

**Familien und Alleinerziehende:** Im Jahr 2021 fördern wir die Programme Ganztagschulen, Ganztagsbetreuung und Kinderbetreuungsausbau mit jeweils 500 Millionen Euro.

**Innere Sicherheit:** Die Mittel steigen gegenüber dem bisherigen Finanzplan auf rund 6,9 Milliarden Euro im Jahr 2021 an. Die Förderung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie verdoppeln wir auf 151 Mio. Euro.



## Edgar Frankes Rede zum Gesundheitsetat

**Edgar Franke stellte am Donnerstag den Gesundheitshaushalt der Bundesregierung im Plenum vor. Im nächsten Jahr plant der Bund, insgesamt 24 Milliarden für das Gesundheitssystem auszugeben.**

„Gerade in Corona-Zeiten ist dieses Geld gut angelegt!“, betonte der Gesundheitspolitiker. Er machte klar, dass es falsch sei auf Kosten

der Beschäftigten und Patienten zu sparen. Denn Ziel sei es, eine optimale medizinische Versorgung für alle zu gewährleisten.

Besonders wichtig sei es, in Digitalisierung und IT-Infrastruktur in den Krankenhäusern zu investieren. Hier stellt der Bund 3 Milliarden Euro bereit. „Mit diesem Geld werden die Kliniken fit für die Zukunft gemacht“, erklärt der Gesundheitspolitiker. Durch die Digitalisierung soll für bessere Abläufe, weniger Fehler und letztlich auch für geringere Kosten gesorgt werden.

Auch die gesetzlichen Krankenkassen erhalten eine Unterstützung vom Bund. Sie bekommen jährlich einen Ausgleich von knapp 15 Milliarden für die Erfüllung von gesamtgesellschaftlichen Aufgaben – zum Beispiel die kostenfreie Mitversicherung von Familienangehörigen. Nun hat die Pandemie ein großes Loch in die Finanzen gerissen. Daher zahlt der Bund zusätzlich 5 Milliarden, um zu verhindern, dass die Zusatzbeiträge der Versicherten zu stark steigen.

Doch auch in Zukunft bleibt noch viel zu tun, um das Gesundheitssystem zu verbessern. Die Fallpauschalen in den Krankenhäusern haben dafür gesorgt, dass mehr operiert wurde als notwendig. Und das nur, um mehr Einnahmen zu erzielen. Es sei dagegen sinnvoll, das Abrechnungssystem praxis- und patientenorientiert weiterzuentwickeln, so Franke. Es sei gerade im ländlichen Raum wichtig, Vorhaltekosten unabhängig von den Erlösen zu finanzieren. Das ist gerade in eher strukturschwachen, ländlichen Regionen wichtig. Damit stärken wir auch die Krankenhausstandorte in Frankenberg, Korbach, Schwalmstadt und Fritzlar und letztlich auch die im Landkreis Kassel. [Zur Rede...](#)



## „Der Krise den Beigeschmack der Katastrophe nehmen“ – Esther Dilchers Rede zum Etat Justiz und Verbraucherschutz

**Auch die Justiz muss auf eine Gesellschaft reagieren, die in zunehmendem Maße im digitalen Raum stattfindet. Denn Digitalisierung und Kommunikation in den sozialen Netzwerken bergen nicht nur Chancen, sondern auch viele Gefahren.**



Die Verbreitung rechtsextremistischer Strukturen im Internet nimmt seit Jahren zu. Bürgerinnen und Bürger empfinden das Internet als unsicheren Raum. In ihrer Rede zum Teilhaushalt Justiz und Verbraucherschutz betonte Esther Dilcher daher: „Hier ist es unsere Aufgabe, Sicherheit zu schaffen!“.

Mit der Bundesarbeitsgemeinschaft „Netzanalyse“ wird eine zentrale Anlaufstelle geschaffen, die als Schnittstelle zwischen Zivilgesellschaft und behördlichen Institutionen das Wissen über digitalen Extremismus bündelt und Gegenmaßnahmen erarbeitet.

Außerdem unterstützt die Bundesregierung mit 350.000€ die Hate Aid gGmbH zur Beratung und Unterstützung von Opfern mit Online-Hass.

Obwohl der „Einzelplan Justiz und Verbraucherschutz“ mit knapp 1 Milliarde Euro nur einen kleinen Teil des Bundeshaushaltes ausmacht, ist er eine wichtige Stütze unseres Rechtsstaates. Um unser Rechtssystem pandemie-fest und zukunfts-gewappnet aufzustellen, werden wir außerdem Gerichte zunehmend digitalisieren. Sinnvoll eingesetzt spart dies Zeit und Personal und trägt zur Verfahrensbeschleunigung bei. „Das macht Lust auf Zukunft“, betont die Politikerin und Juristin Esther Dilcher, und zitiert Max Frisch: „Krise ist ein produktiver Zustand. Man muss ihm nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen“. [Zur Rede...](#)

**So erreichen Sie uns:**

**Esther Dilcher, MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030-227-75113  
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Briloner Landstr. 27  
34497 Korbach  
Tel.: 05631-974712  
[www.estherdilcher.de](http://www.estherdilcher.de)

Bahnhofstraße 26  
34369 Hofgeismar  
Tel.: 05671-5099398

**Dr. Edgar Franke, MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030-227-73319  
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c  
34582 Borken  
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5  
35066 Frankenberg  
Telefon 06451-717950  
www.edgarfranke.de

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

**Bilder:** Seite 1 Edgar Franke, Seite 2 oben Edgar Franke und unten SPD Bundestagsfraktion, Seiten 3 Onno Wulf, Seiten 4 und 5 sharepics der SPD-Bundestagsfraktion, Seite 6 Edgar Franke, Seite 7 Esther Dilcher Screenshot <https://dbtg.tv/cvid/7473783>.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.